

Befragung im INSA-Meinungstrend

(04. KW 2018)



Feldzeit:

22.01.2018

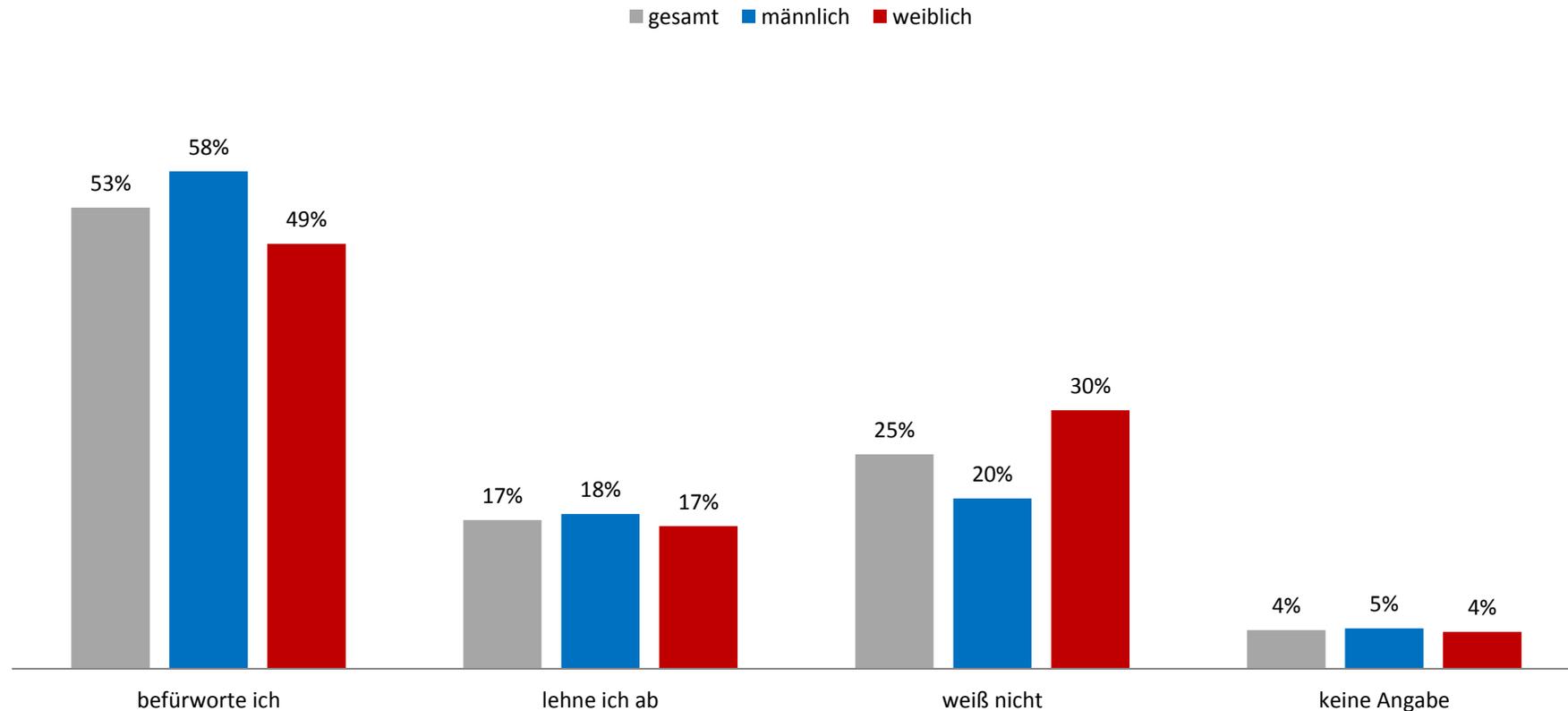
Methodik:

Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt.

Stichprobe:

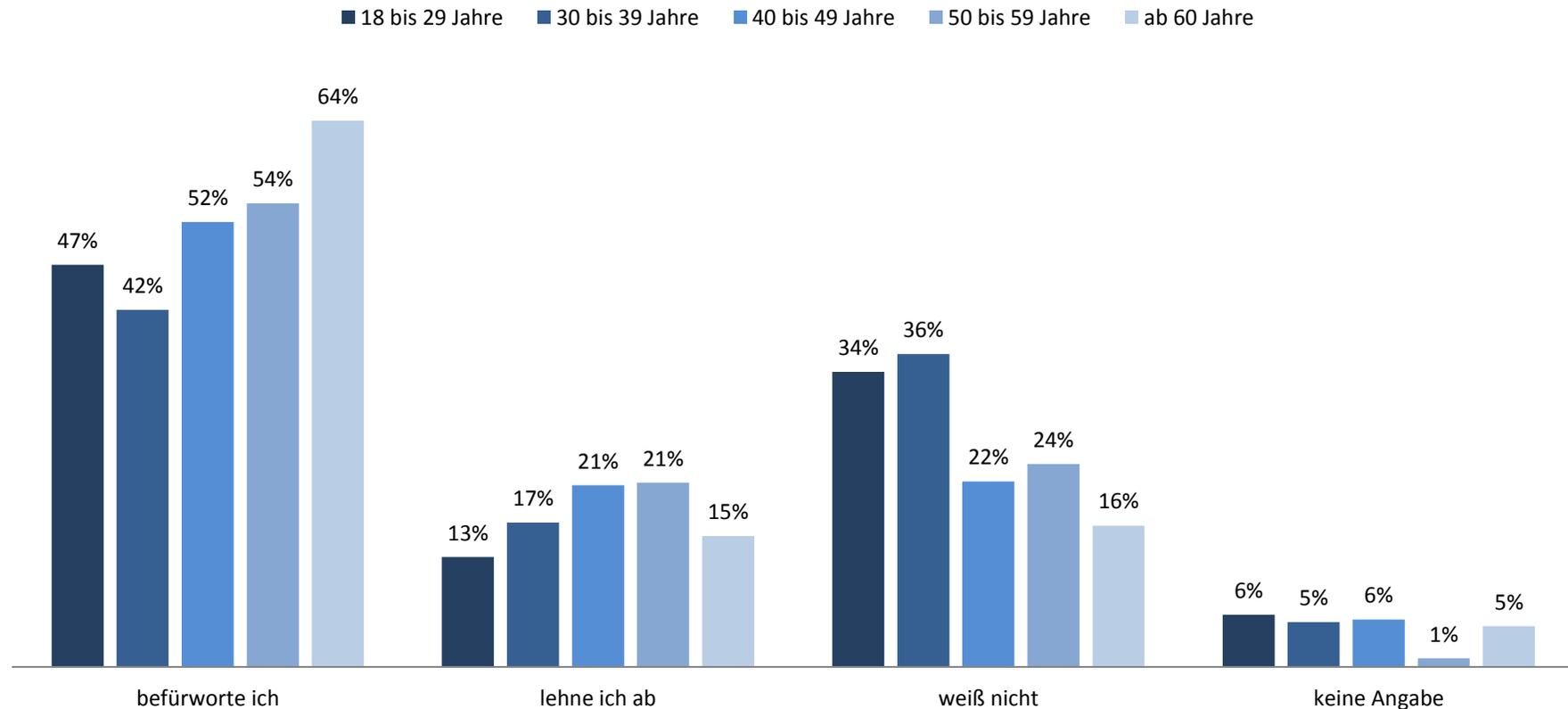
1.169 Personen aus ganz Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

Fixierung des aktuellen Rentenniveaus von 48 Prozent bis 2025



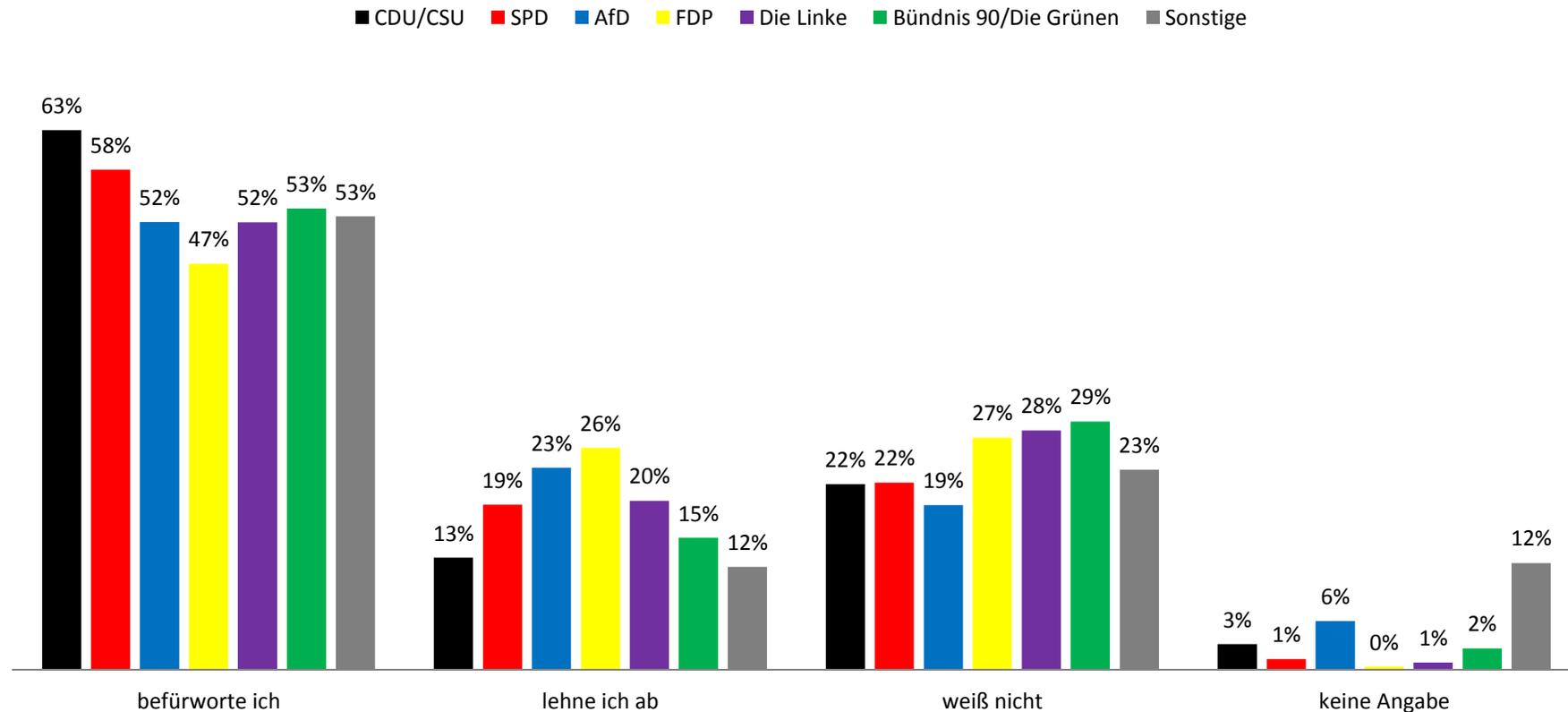
Über die Hälfte der Befragten befürworteten die Fixierung des aktuellen Rentenniveaus von 48 Prozent bis 2025 (53 %). Männer befürworteten dies deutlich mehr (58 %) als Frauen (49 %). Weibliche Befragte geben dafür häufiger an, den Vorschlag nicht bewerten zu können („weiß nicht“). Annähernd ein Drittel der Frauen gibt dies an (30 %), während dies nur ein Fünftel der Männer tut (20 %).

Fixierung des aktuellen Rentenniveaus von 48 Prozent bis 2025



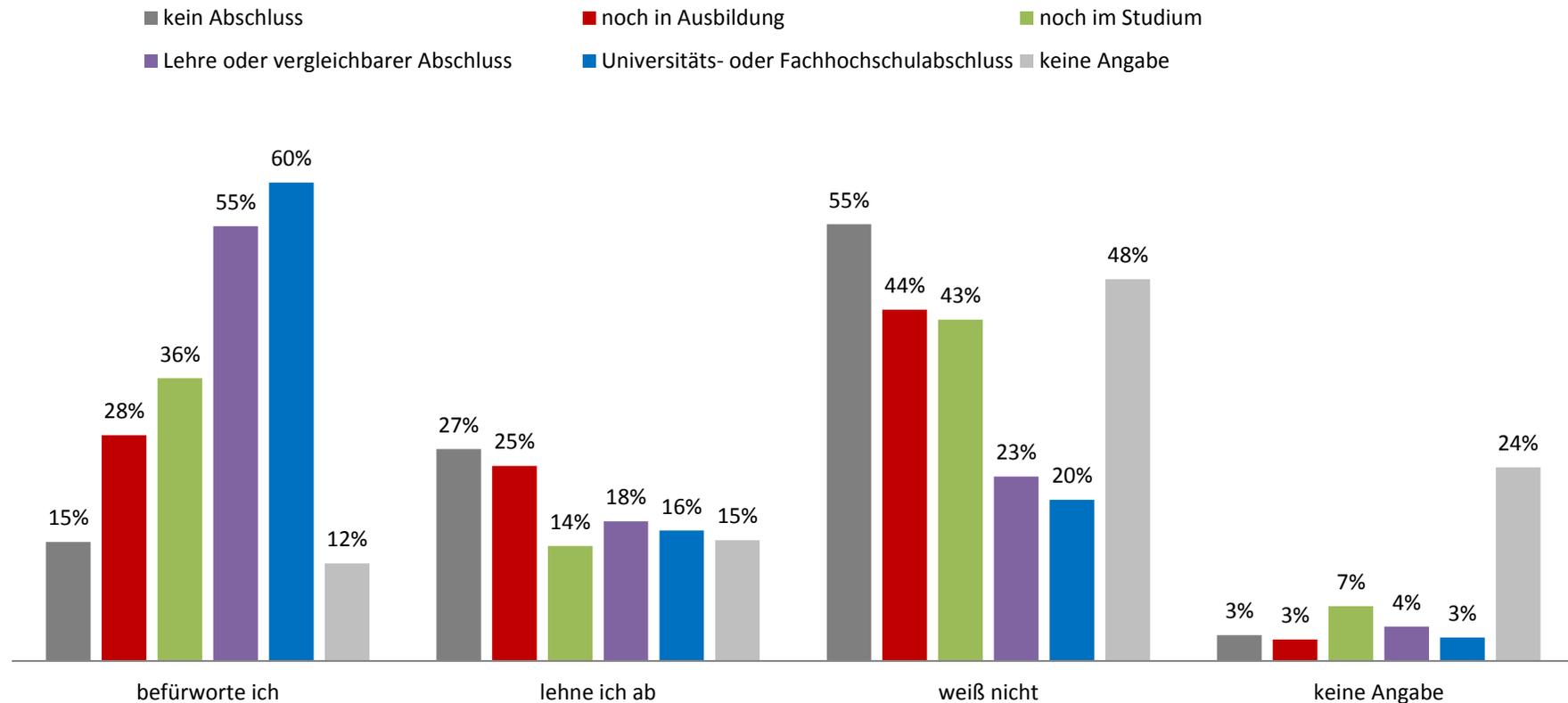
Grundsätzlich zeigt sich, dass mit steigendem Alter auch die Zustimmung zur Rentenniveau-Fixierung zunimmt. Einzige Ausnahme ist hier die Gruppe der 30- bis 39-Jährigen, die weniger Befürwortung ausdrücken (42 %) als die 18- bis 29-Jährigen (47 %).

Fixierung des aktuellen Rentenniveaus von 48 Prozent bis 2025



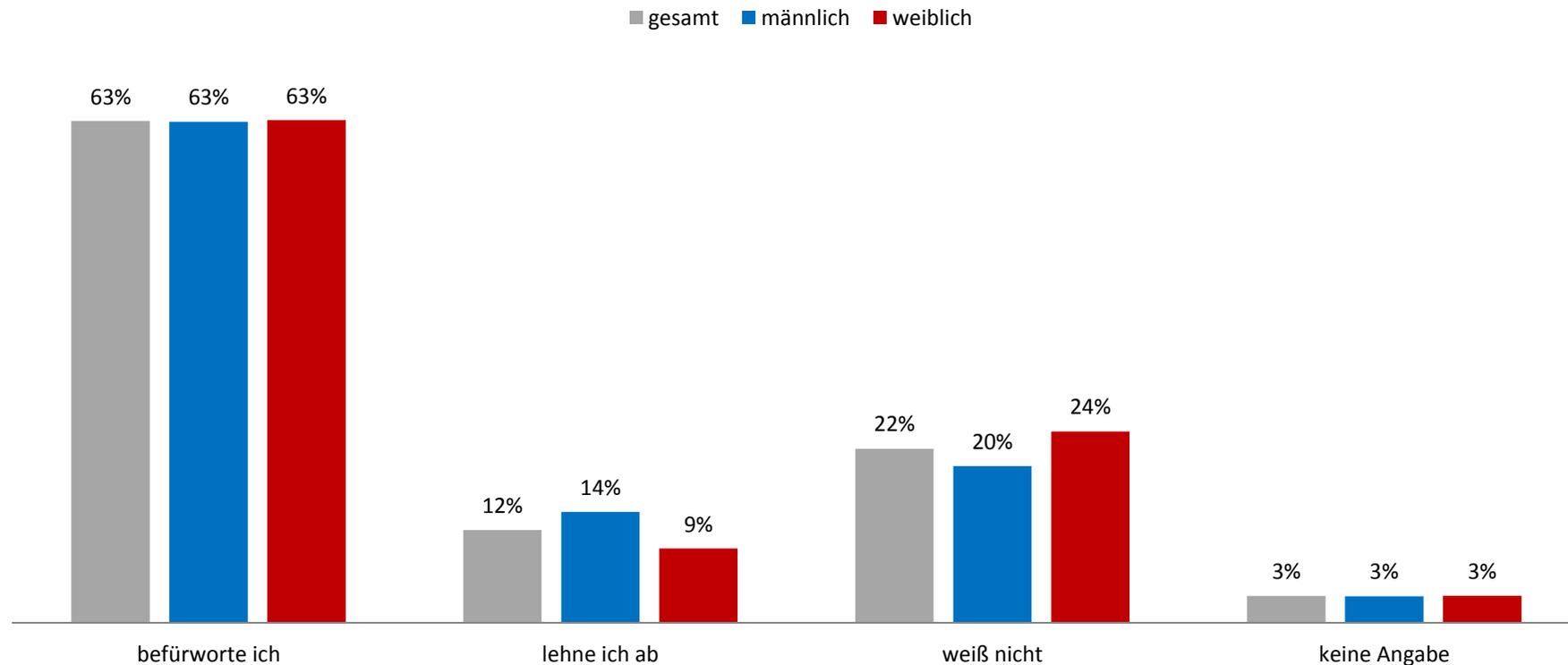
Die größte Zustimmung findet sich unter den Wähler der Union (63 %). Aber auch bei den Wählern der anderen Parteien befürwortet jeweils mehr als die Hälfte der befragten Wähler die Fixierung des aktuellen Rentenniveaus bis 2025. Einzig Wähler der FDP sprechen sich nicht mehrheitlich für die Festsetzung aus (47 %).

Fixierung des aktuellen Rentenniveaus von 48 Prozent bis 2025



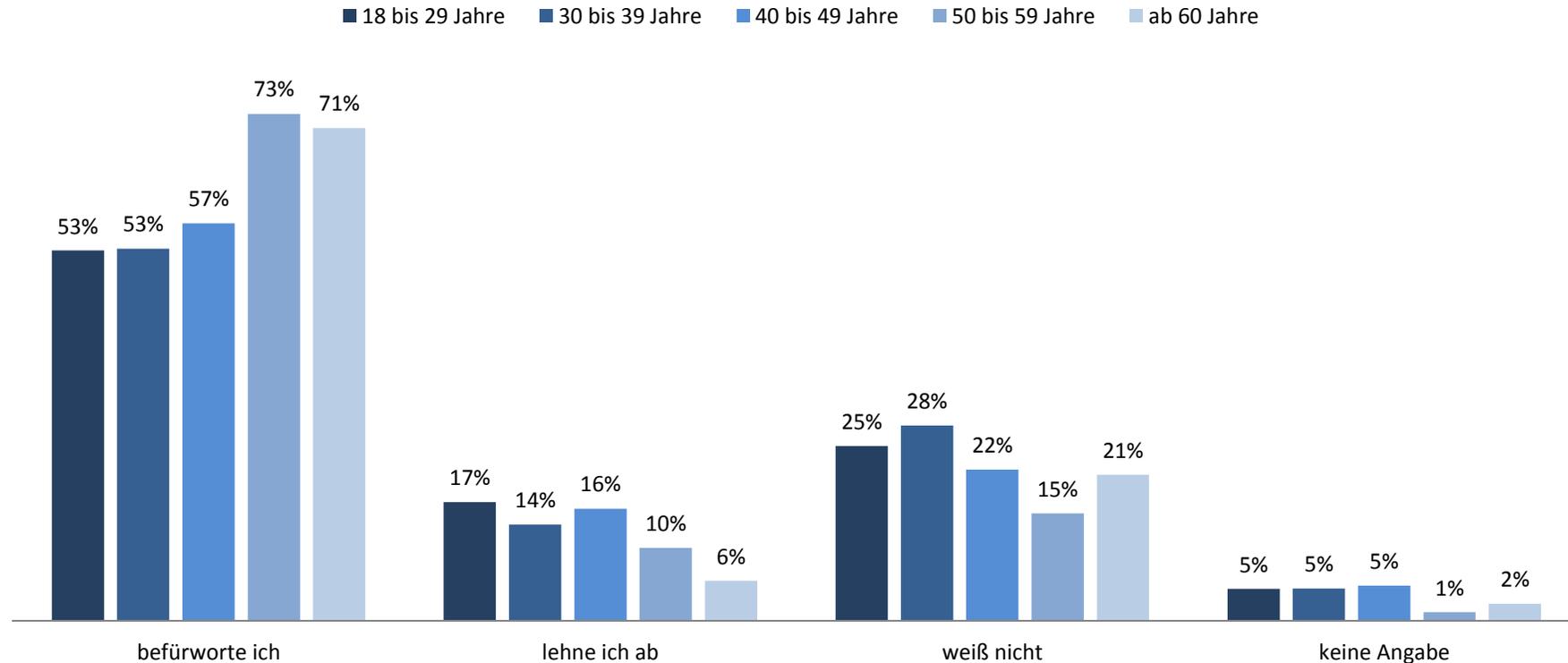
Betrachtet man den Bildungsabschluss der Befragten, zeigt sich, dass die Befürwortung der Fixierung steigt, je höher der Bildungsabschluss ist. Während Befragte ohne Abschluss die Festsetzung des Rentenniveaus nur zu 15 Prozent befürworten, trifft dies auf 60 Prozent derer zu, die einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss haben.

Gründung der Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“, die Vorschläge für die Weiterentwicklung der Alterssicherung entwerfen soll



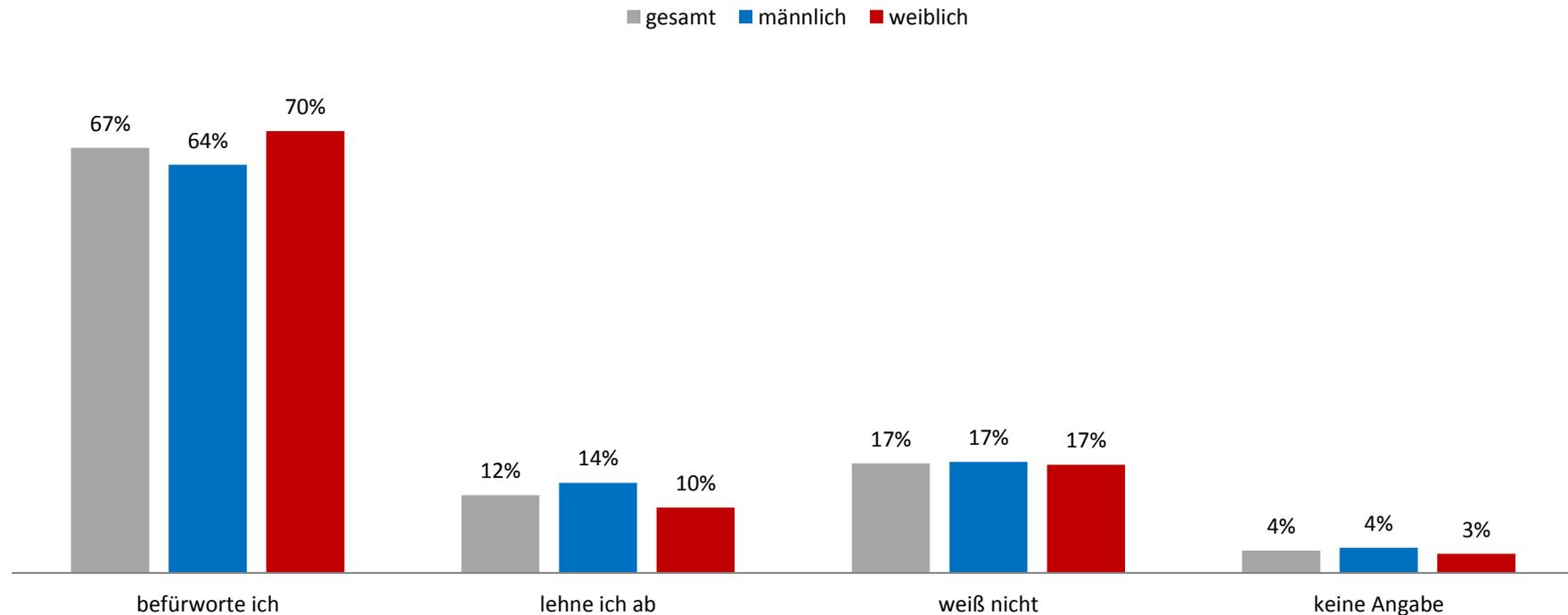
Die Gründung einer Rentenkommission für die Alterssicherung wird von der absoluten Mehrheit der Befragten befürwortet (63%). Hierbei zeigen sich keinerlei Geschlechtsunterschiede. Allerdings ist auch hier der Anteil derer, die nicht wissen, ob Sie die Gründung einer solchen Kommission befürworten mit mehr als einem Fünftel (22%) relativ hoch.

Gründung der Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“, die Vorschläge für die Weiterentwicklung der Alterssicherung entwerfen soll



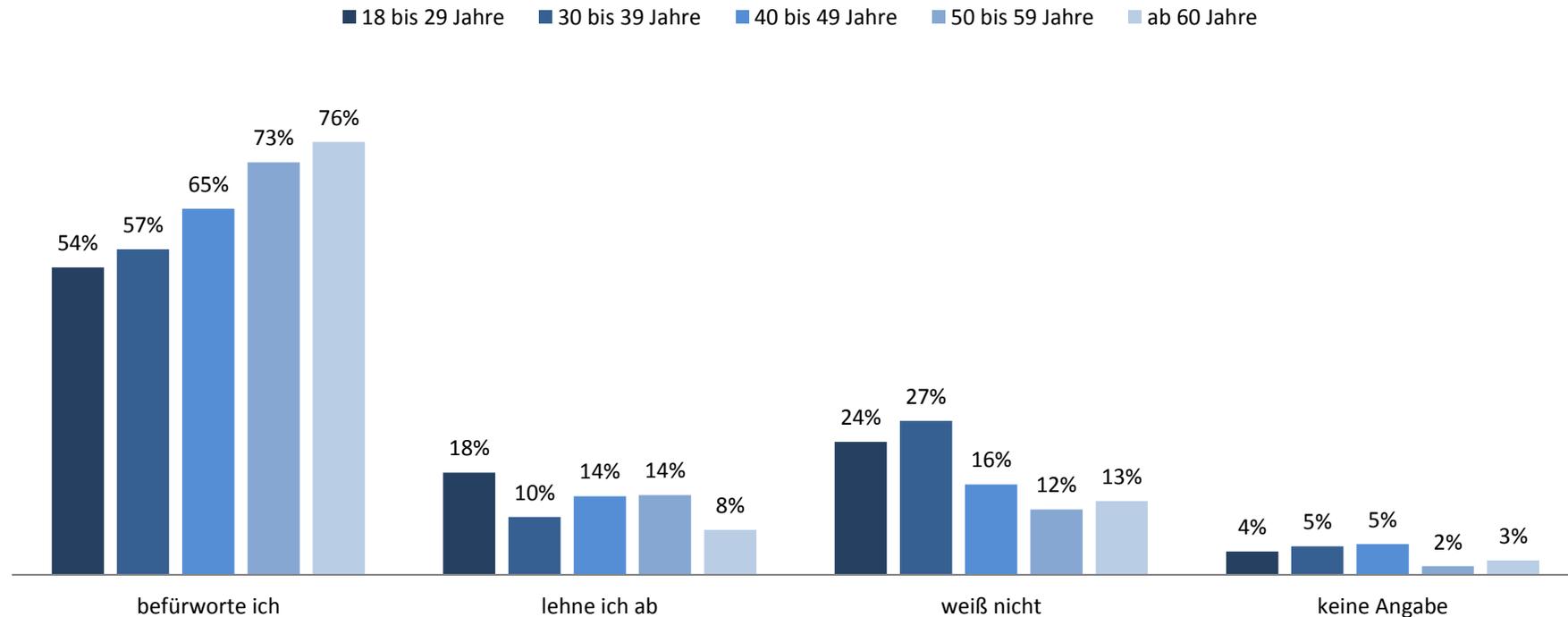
Generell steigt die Befürwortung der Rentenkommission zur Alterssicherung mit zunehmendem Alter von 53 Prozent bei den 18- bis 29-Jährigen auf 73 Prozent bei den 50- bis 59-Jährigen. Bei Befragten ab 60 Jahren geht die Befürwortung dann wieder leicht zurück auf 71 Prozent.

Einführung einer Grundrente (10 % oberhalb des Grundsicherungsbedarfs) für Versicherte mit mindestens 35 Beitragsjahren und bei vorheriger Bedürftigkeitsprüfung



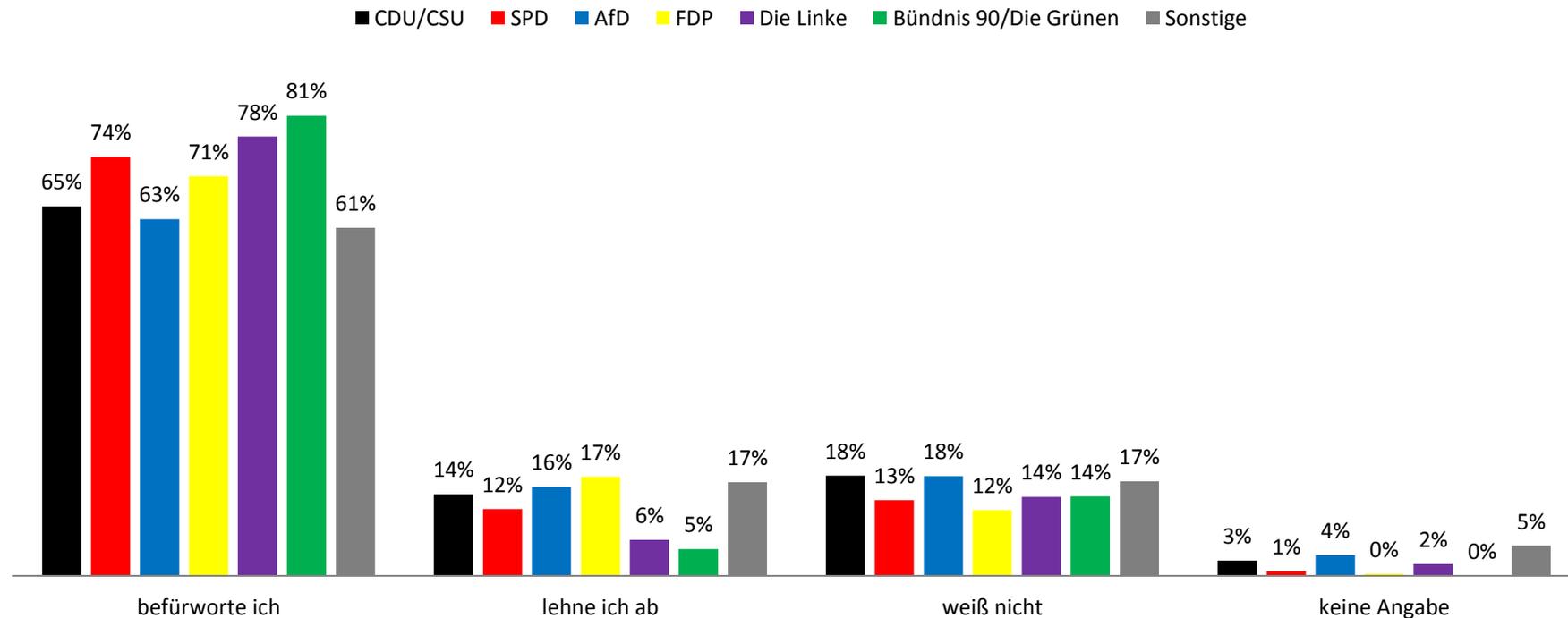
Die Einführung einer Grundrente wird von mehr als zwei Dritteln der Befragten befürwortet (67 %). Mit 70 Prozent heißen Frauen dies eher gut als die männlichen Befragten (64 %).

Einführung einer Grundrente (10 % oberhalb des Grundsicherungsbedarfs) für Versicherte mit mindestens 35 Beitragsjahren und bei vorheriger Bedürftigkeitsprüfung



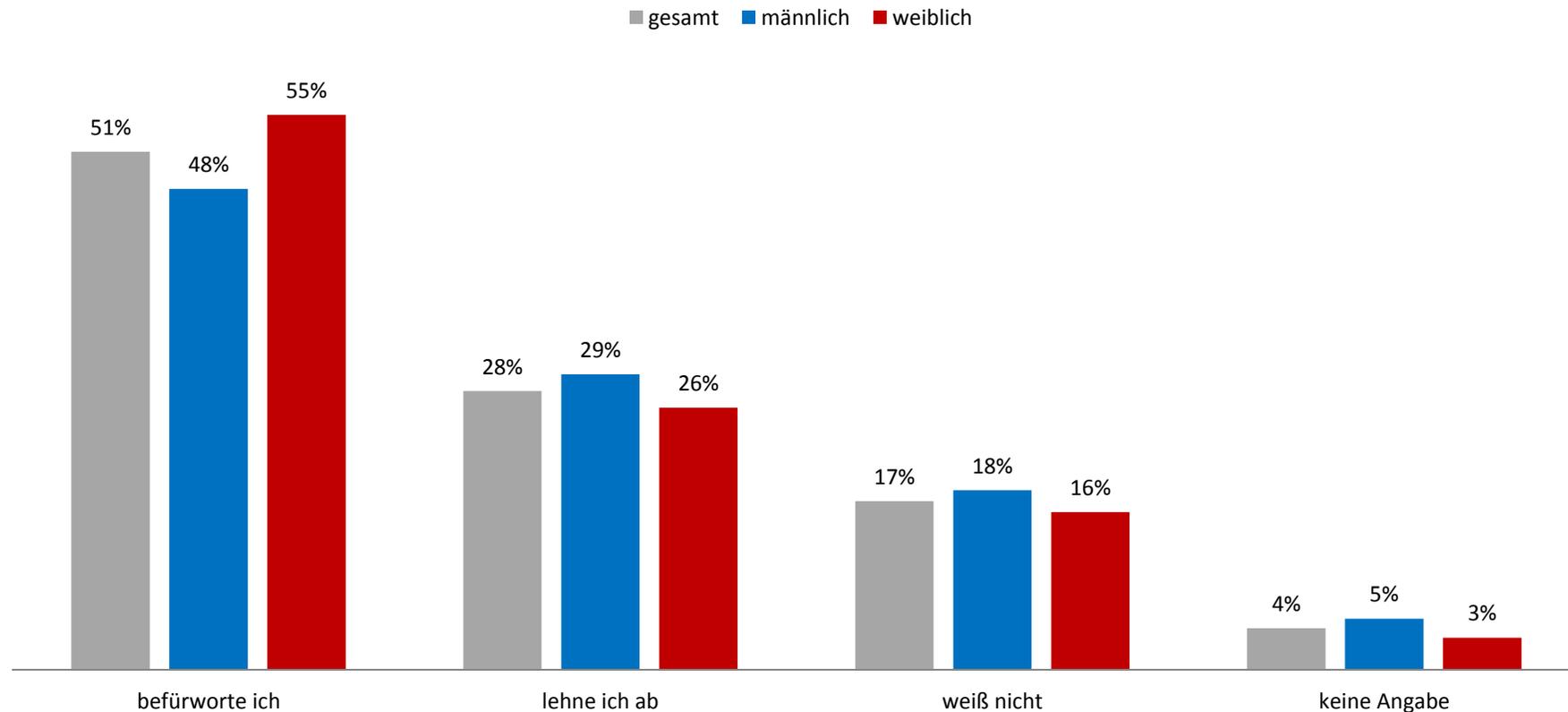
Die Zustimmung zur Grundrente steigt kontinuierlich mit zunehmendem Alter. Während nur knapp über die Hälfte der 18- bis 29-Jährigen (54 %) die Einführung befürworten, trifft dies auf über drei Viertel der über 59-Jährigen zu (76 %).

Einführung einer Grundrente (10 % oberhalb des Grundsicherungsbedarfs) für Versicherte mit mindestens 35 Beitragsjahren und bei vorheriger Bedürftigkeitsprüfung



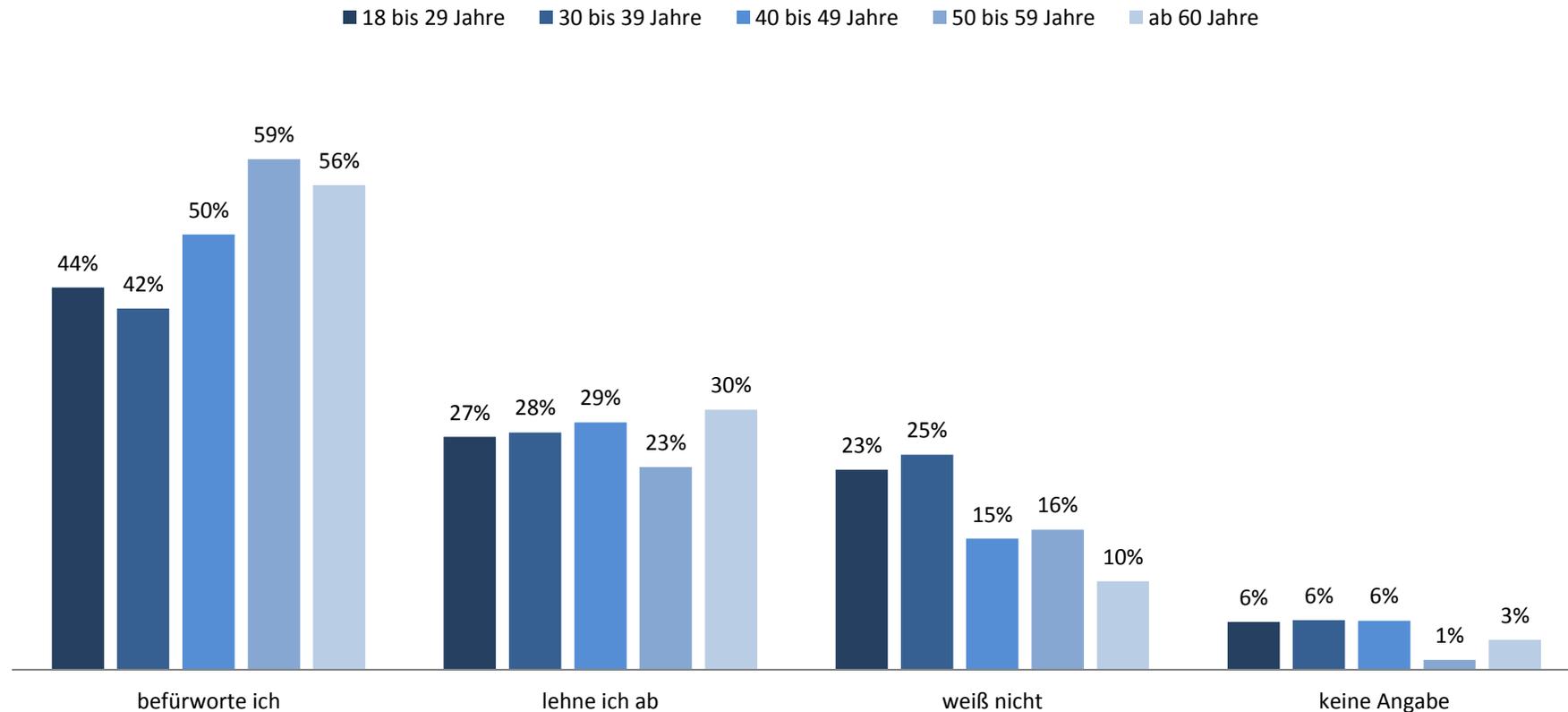
Während die Anhänger aller Parteien die Einführung einer Grundrente mehrheitlich befürworteten, findet sich die höchste Zustimmung bei Wählern der Grünen (81 %), gefolgt von denen der Linken (78 %). Die niedrigsten Werte erzielen die Wähler der AfD die nicht einmal zu zwei Dritteln eine Grundrente befürworten (63 %).

Erhöhung der Mütterrente für Frauen mit mindestens drei Kindern



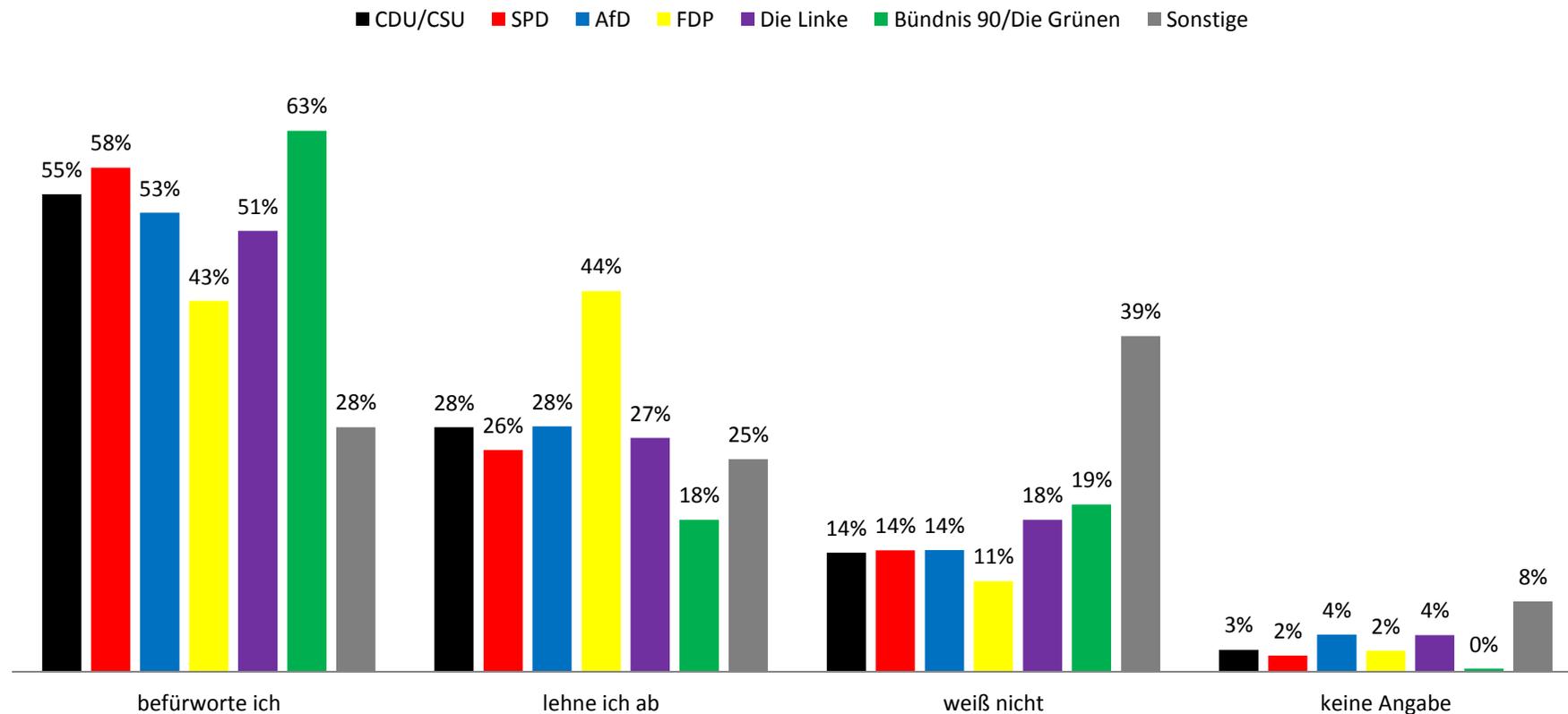
Ungefähr die Hälfte aller Befragter befürwortet die Erhöhung der Mütterrente (51 %), wobei die Zustimmung bei den Frauen deutlich höher ausfällt (55 %) als bei den Männern (48 %). Im Vergleich zu den vorherigen Vorhaben zur Rente zeigt sich hier aber auch die größte Ablehnung (28 %).

Erhöhung der Mütterrente für Frauen mit mindestens drei Kindern



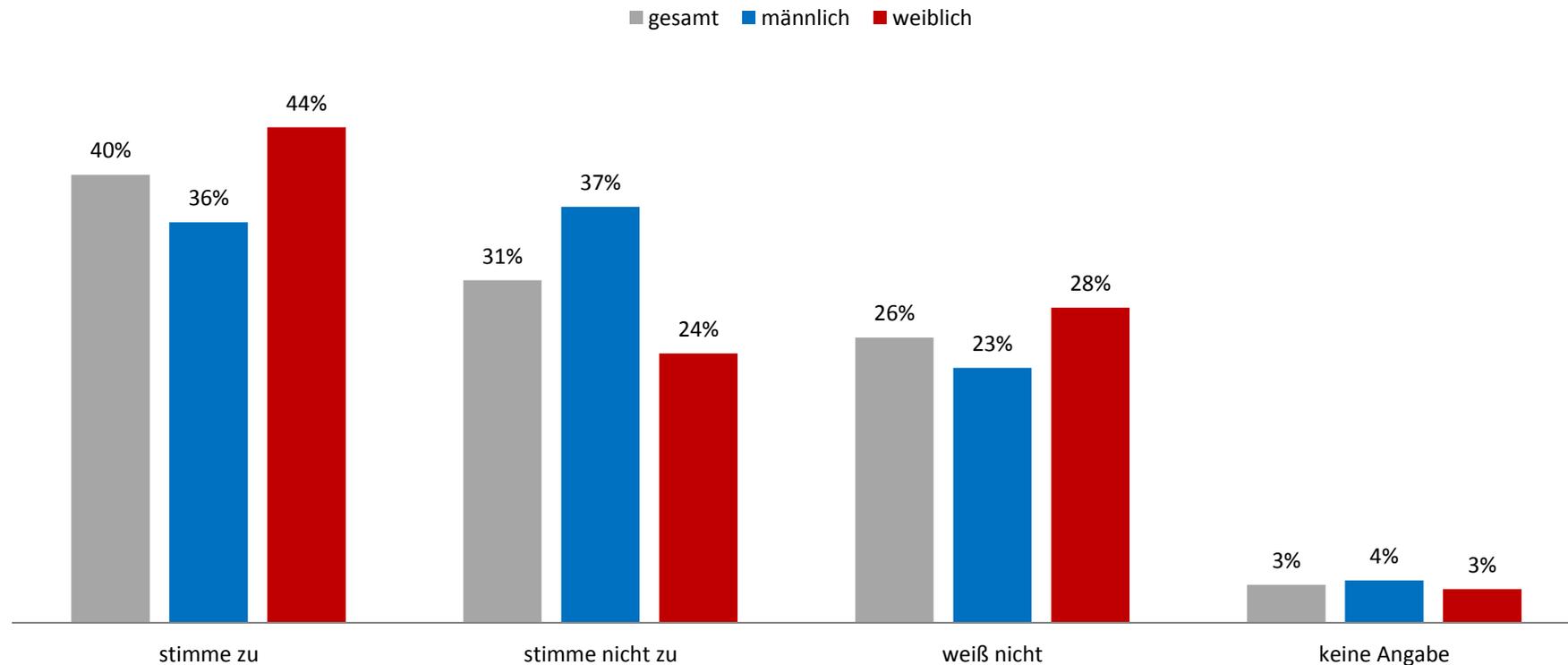
Die meisten Befürworter findet die Erhöhung der Mütterrente in der Altersgruppe von 50 bis 59 Jahren (59%). Bei den beiden jüngsten Altersstufen erreicht die Zustimmung hingegen nicht einmal 50 Prozent (44% bei den 18- bis 29-Jährigen und 42% bei den 30- bis 39-Jährigen).

Erhöhung der Mütterrente für Frauen mit mindestens drei Kindern



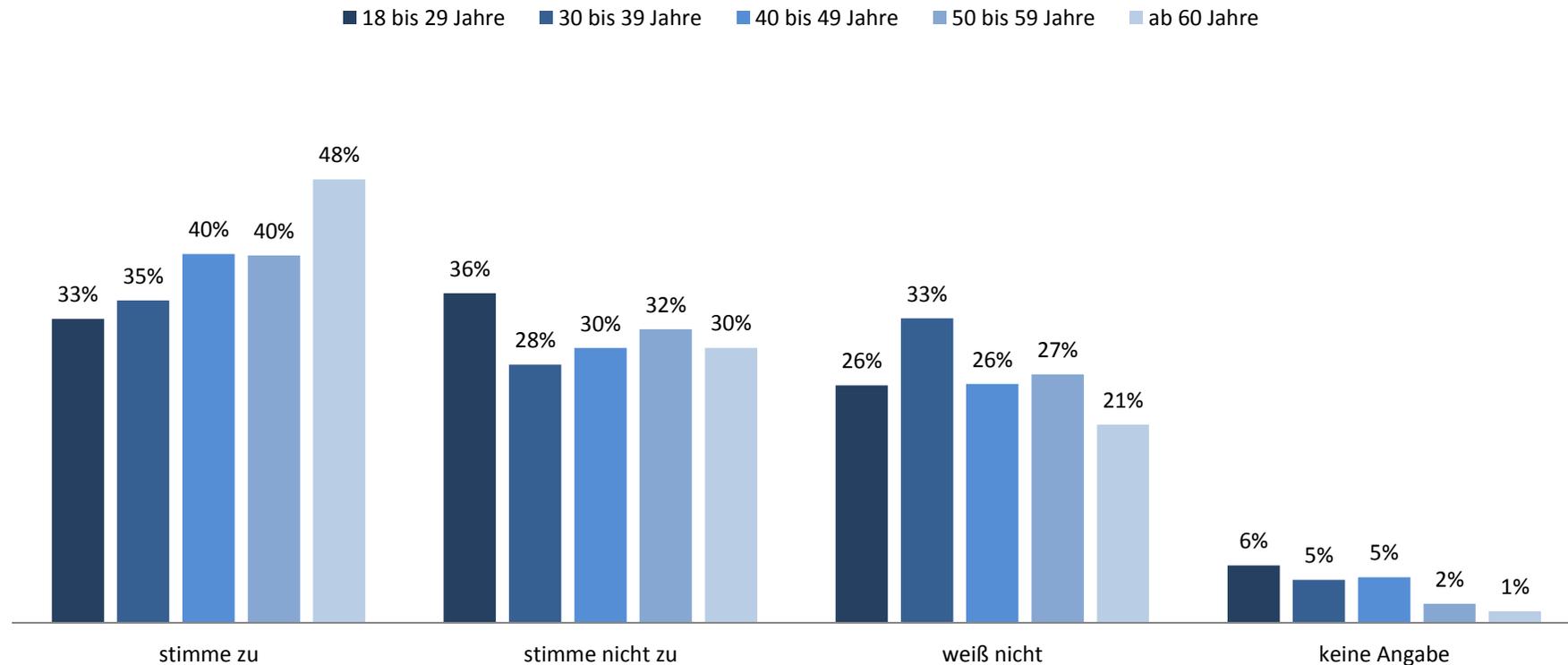
Auch bei diesem Vorhaben zur Rente finden sich die meisten Befürworter unter den Wählern der Grünen (63 %), dicht gefolgt von SPD- (58 %) und Unions-Anhängern (55 %). Auch sind lediglich die Wähler der AfD nicht mehrheitlich für eine Erhöhung der Mütterrente für Frauen mit mindestens drei Kindern (43 %).

Ich finde, dass mit diesen geplanten Vorhaben eine Große Koalition deutliche Verbesserungen bei der Rente erreichen würde.



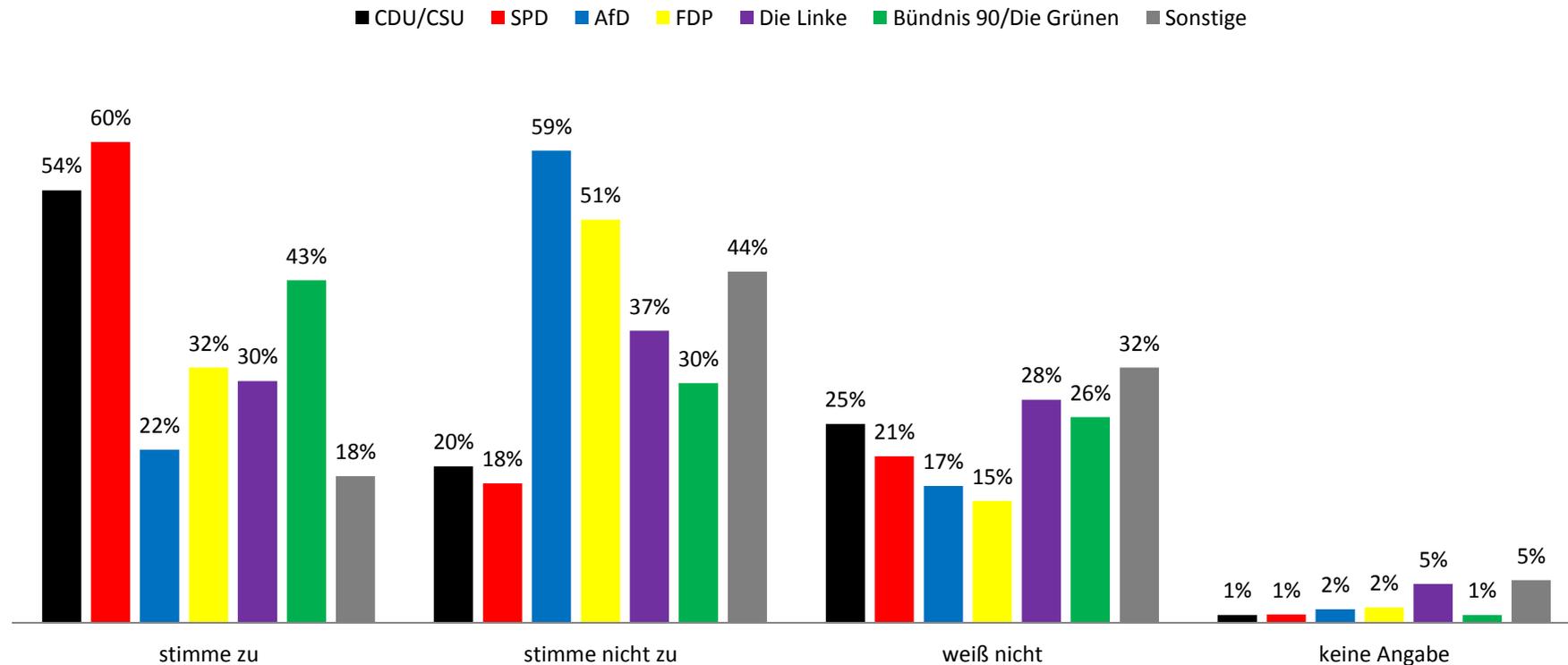
40 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die geplanten Vorhaben eine deutliche Verbesserung bei der Rente erreichen würden. Dabei gibt es weniger Männer (36 %) als Frauen (44 %). 31 Prozent der Befragten sind gegenteiliger Meinung. Hier zeigt sich eine umgekehrte Verteilung nach Geschlecht (Männer: 37 %, Frauen: 24 %). Etwa ein Viertel aller Befragten (26 %) wissen nicht, ob die Vorhaben zu Verbesserungen bei der Rente führen würden.

Ich finde, dass mit diesen geplanten Vorhaben eine Große Koalition deutliche Verbesserungen bei der Rente erreichen würde.



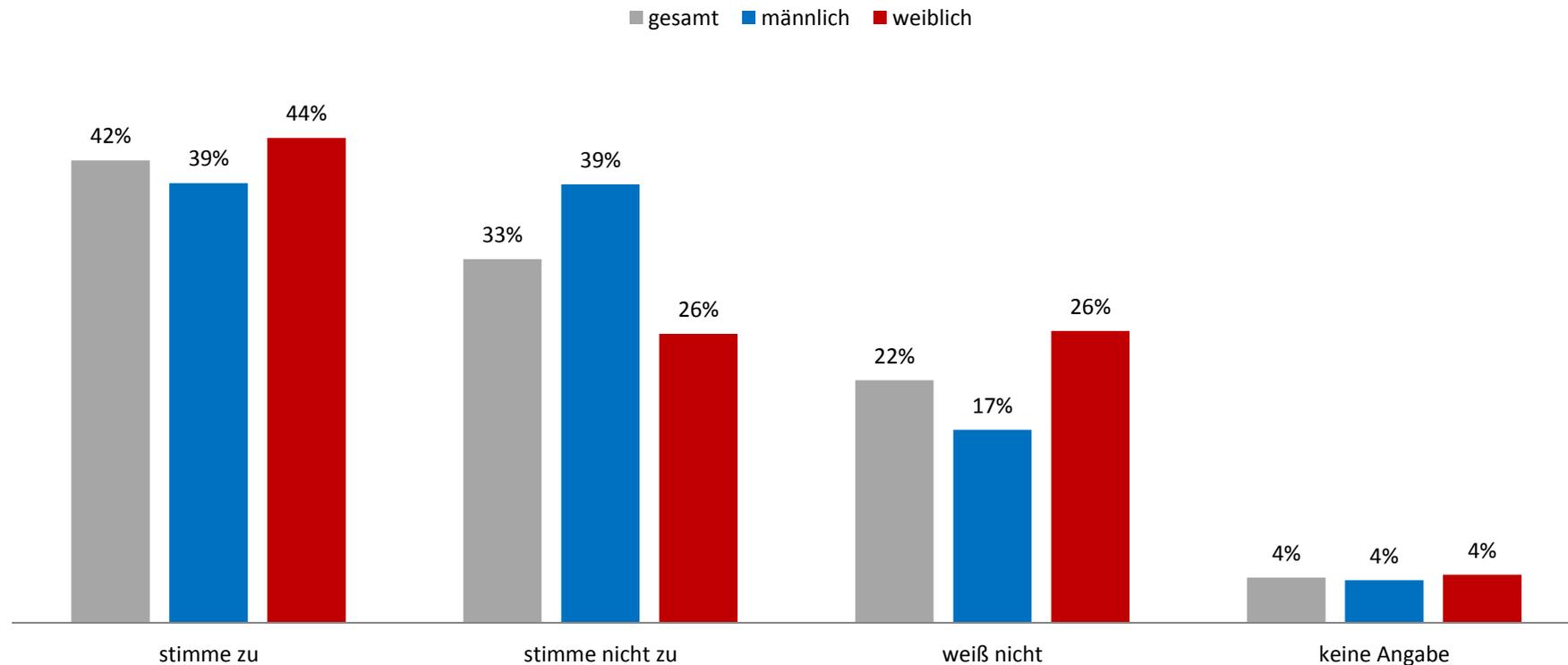
Die Zustimmung zur Aussage steigt mit dem Alter. Während ein Drittel der Befragten zwischen 18 und 29 Jahren (33 %) der Meinung sind, dass die geplanten Vorhaben zu Verbesserungen in der Rente führen würden, meinen dies 48 Prozent der Befragten ab 60 Jahren. 36 Prozent der Befragten 18- bis 29-Jährigen lehnen die Aussage hingegen ab.

Ich finde, dass mit diesen geplanten Vorhaben eine Große Koalition deutliche Verbesserungen bei der Rente erreichen würde.



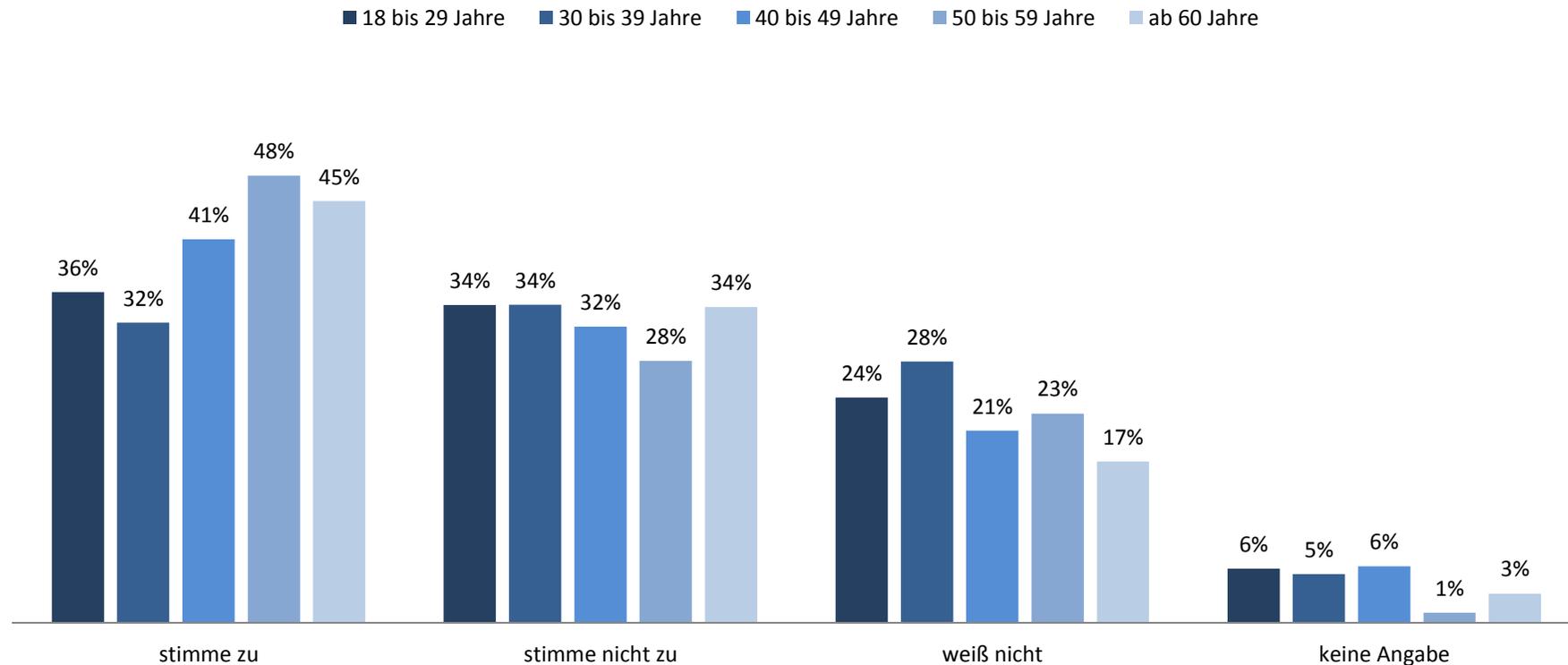
Die Wähler der Parteien der Großen Koalition sind jeweils mehrheitlich der Meinung, dass die geplanten Vorhaben Verbesserungen in der Rente erreichen würden (Union: 54 %, SPD: 60 %). 43 Prozent der Grünen-Wähler stimmen ebenso der Aussage zu. Die größte Ablehnung kommt von den Wählern der AfD (59 %) sowie der FDP (51 %).

Ich finde es gut, dass die SPD die Große Koalition eingeht, sodass die geplanten Vorhaben mit der Union umgesetzt werden können.



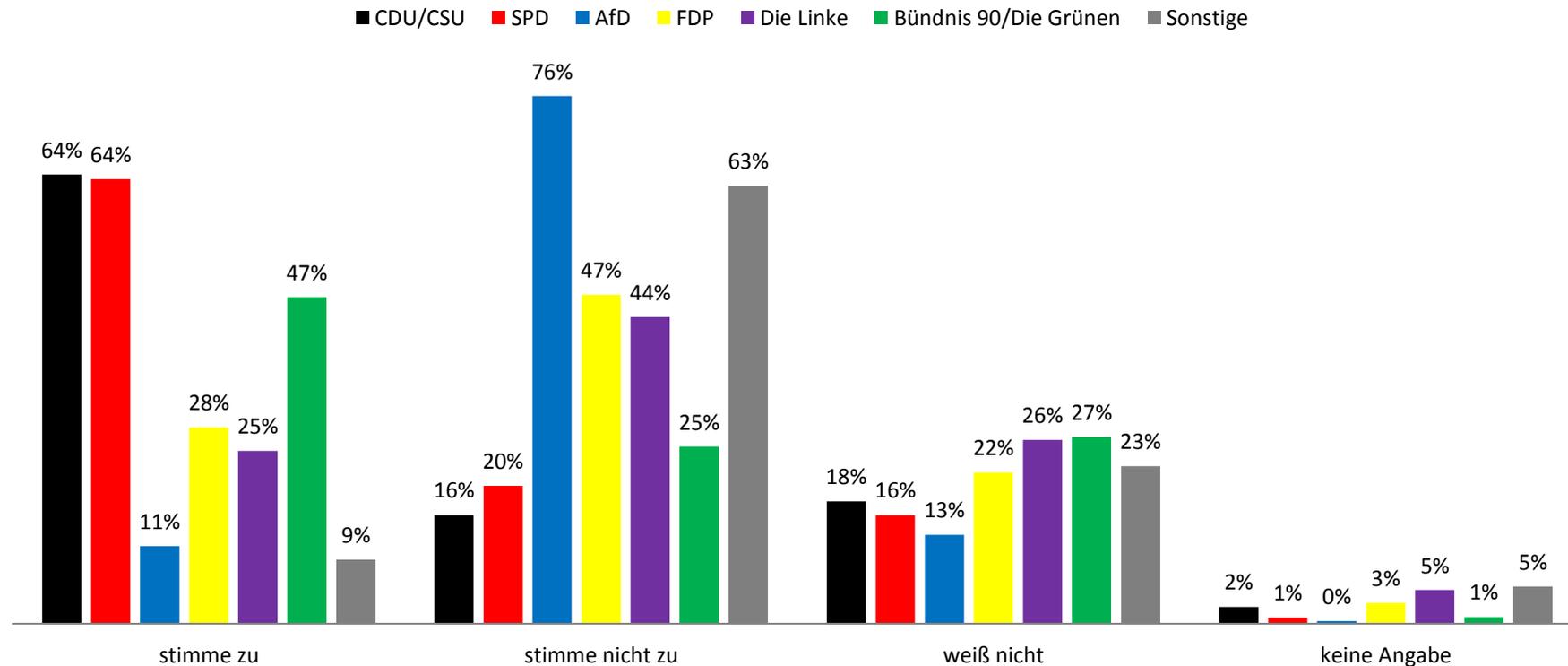
42 Prozent der Befragten finden es gut, dass die SPD die Große Koalition eingeht, sodass die geplanten Vorhaben mit der Union umgesetzt werden können. Geschlechtsunterschiede zeigen sich hier nur marginal (Männer: 39 %, Frauen: 44 %). Ein Drittel der Befragten (33 %) stimmt der Aussage nicht zu und 22 Prozent wissen es nicht.

Ich finde es gut, dass die SPD die Große Koalition eingeht, sodass die geplanten Vorhaben mit der Union umgesetzt werden können.



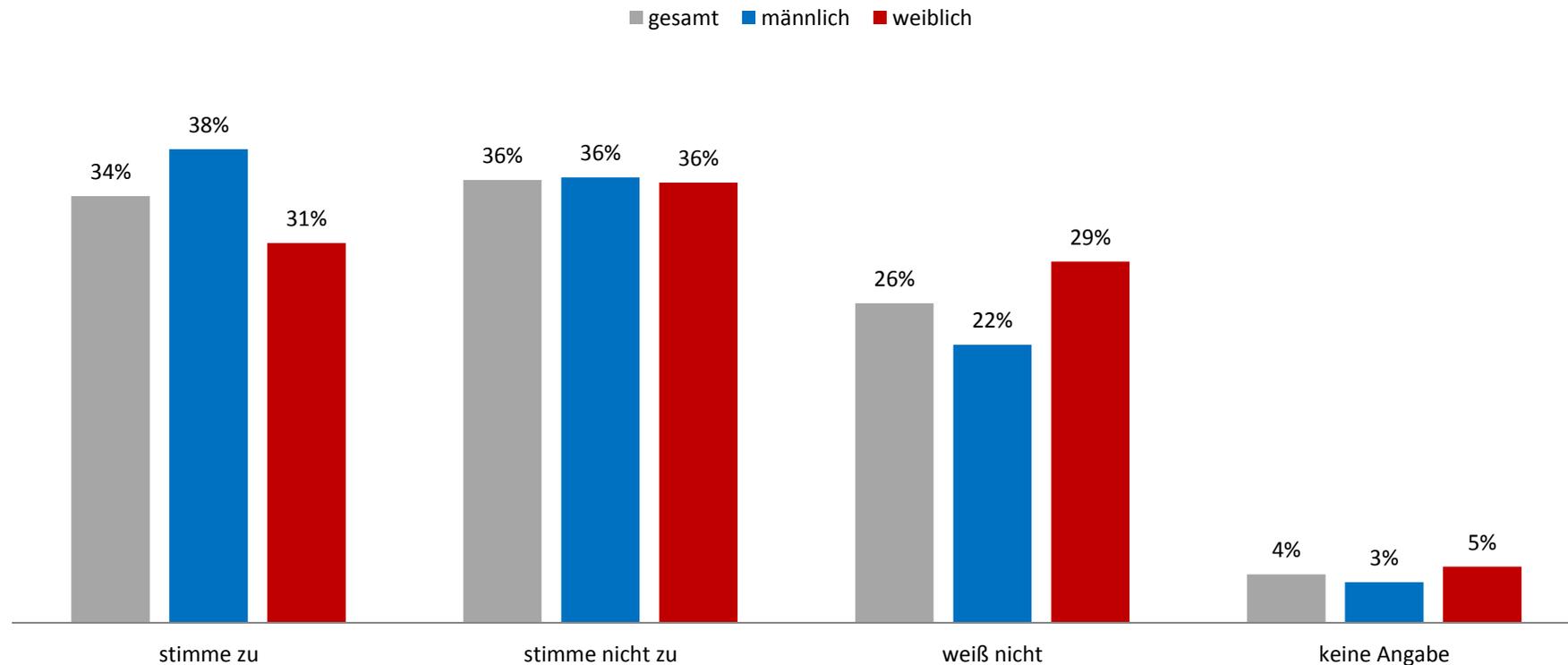
Die Zustimmung zur Aussage steigt mit dem Alter, mit Ausnahme der 30- bis 39-Jährigen, bei denen die Zustimmung bei 32 Prozent liegt. Diese ist somit geringer als deren Ablehnung der Aussage (34 %). Die größte Zustimmung kommt von den Befragten zwischen 50 und 59 Jahren (48 %).

Ich finde es gut, dass die SPD die Große Koalition eingeht, sodass die geplanten Vorhaben mit der Union umgesetzt werden können.



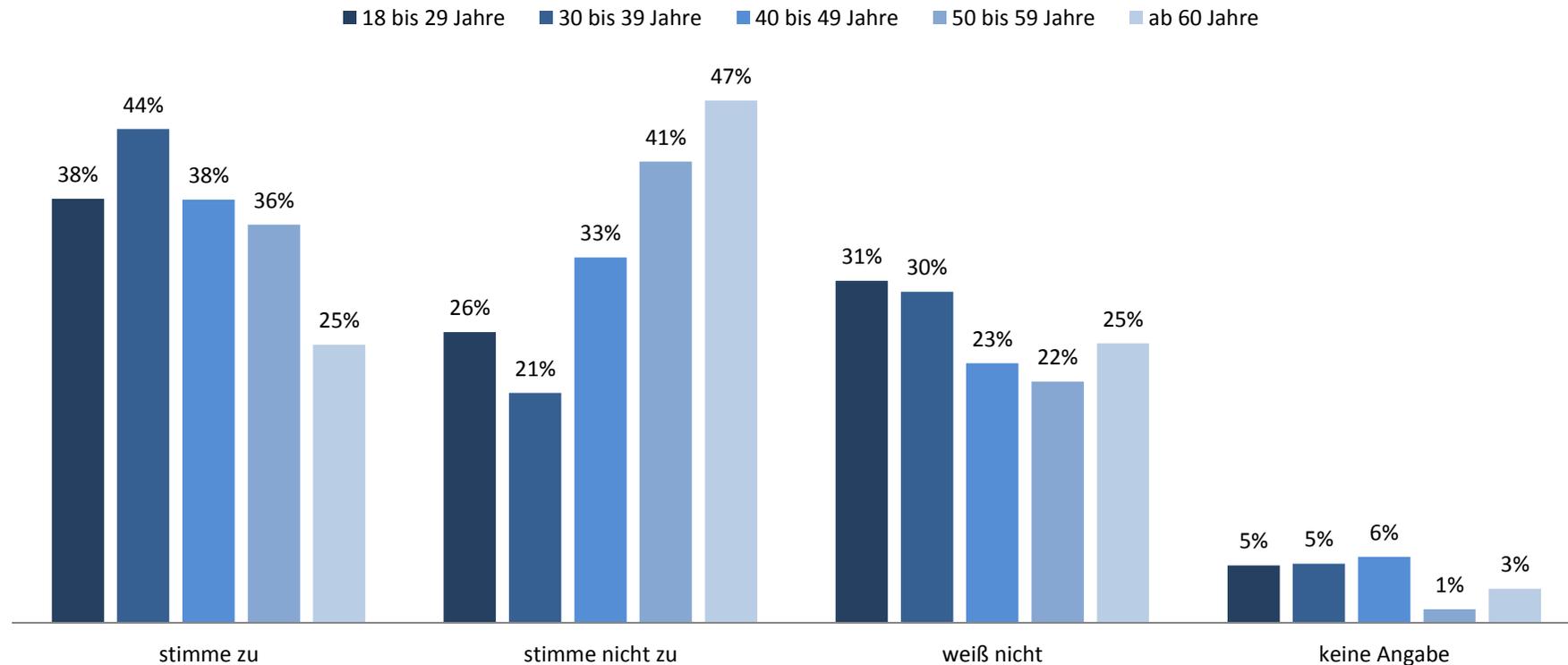
Sowohl die Anhänger der Union als auch der SPD stimmen zu 64 Prozent der Aussage zu, dass es gut ist, dass die SPD die Große Koalition eingeht. Auch 47 Prozent der Grünen-Wähler stimmen dem zu. Etwa drei Viertel der befragten AfD-Wähler (76 %) stimmen der Aussage nicht zu, ebenso 47 Prozent der FDP- und 44 Prozent der Linken-Wähler.

Ich glaube, dass die geplanten Vorhaben zu einer unfairen finanziellen Belastung der jüngeren Generationen führen.



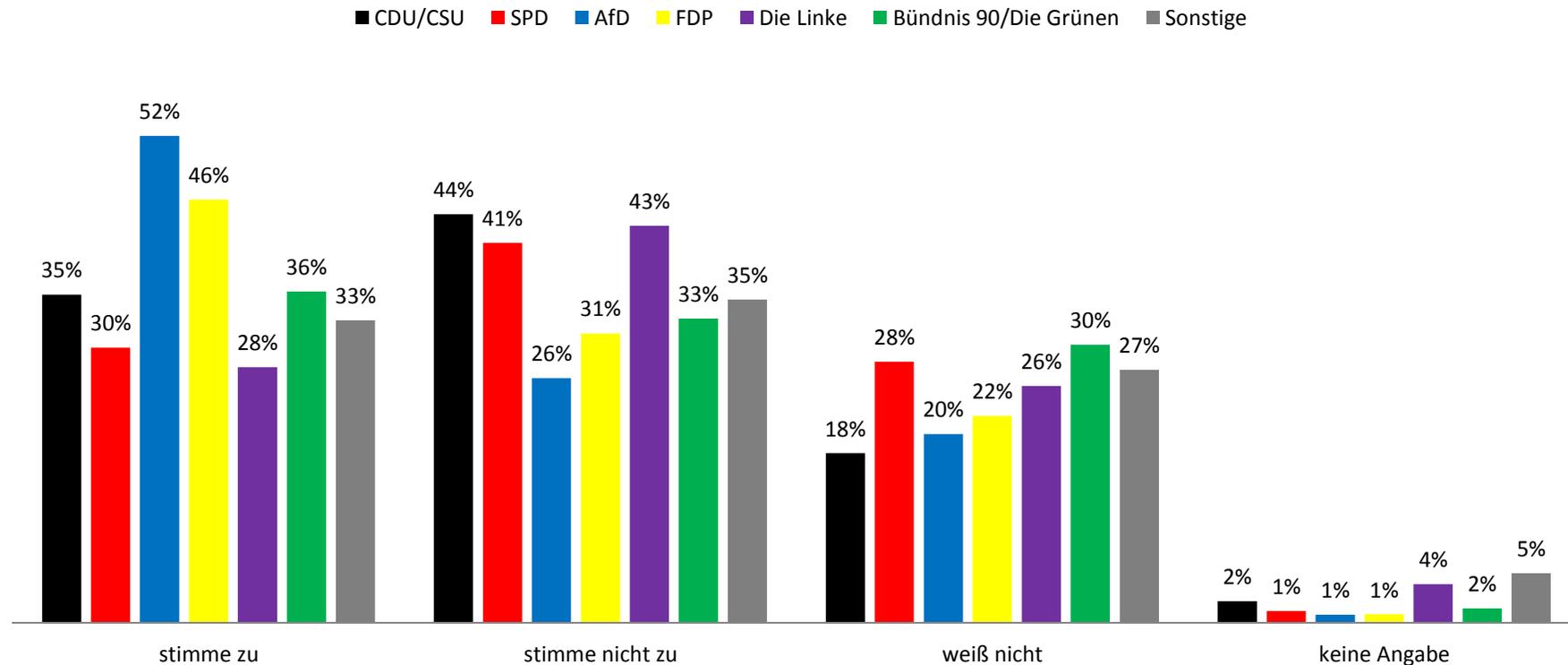
Dass die geplanten Vorhaben zu einer unfairen finanziellen Belastung der jüngeren Generationen führen, spaltet die Befragten in ihrer Meinung. Während 34 Prozent der Aussage zustimmen, stimmen 36 Prozent dem nicht zu. Geschlechtsunterschiede zeigen sich hier nur bei der Zustimmung (Männer: 38 %, Frauen: 31 %). Etwa ein Viertel (26 %) weiß keine Antwort auf die Frage.

Ich glaube, dass die geplanten Vorhaben zu einer unfairen finanziellen Belastung der jüngeren Generationen führen.



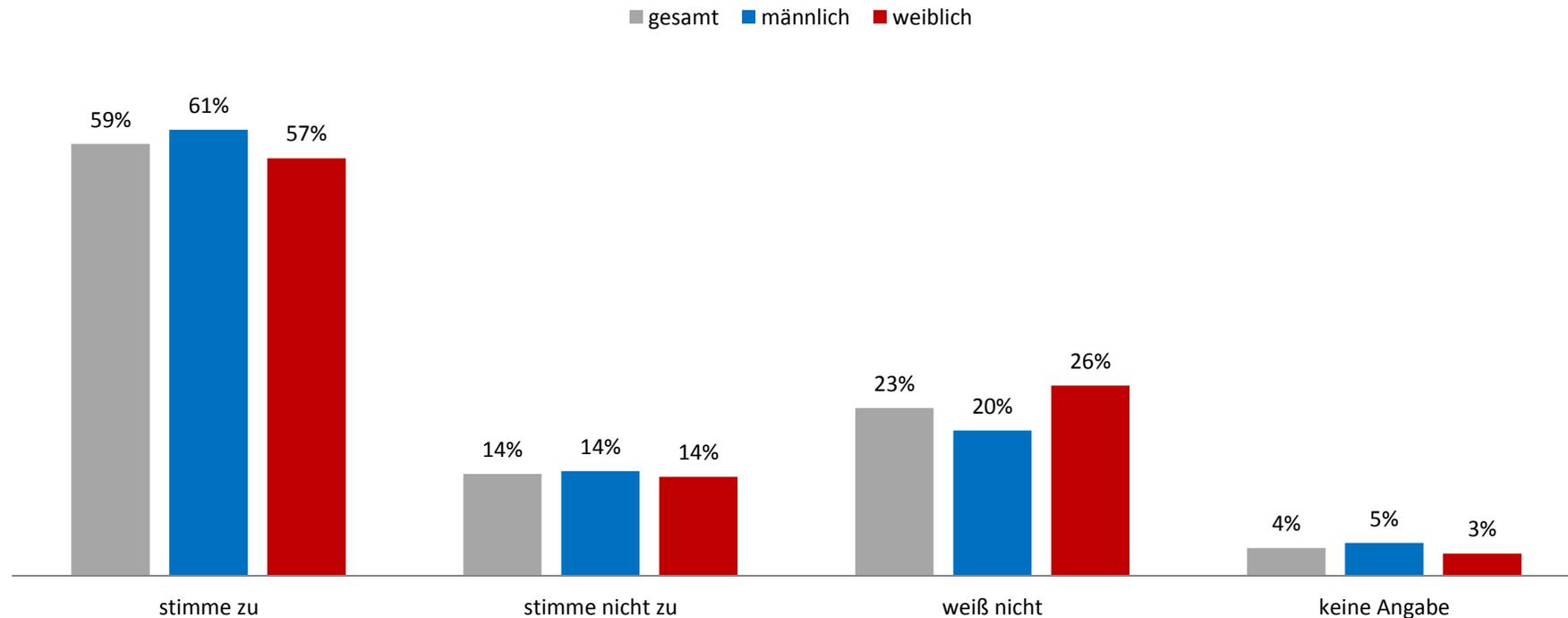
Die größte Zustimmung zur Aussage kommt von den Befragten zwischen 30 und 39 Jahren (44 %, Ablehnung: 21 %). Auch jeweils 38 Prozent der Befragten zwischen 18 und 29 Jahren (Ablehnung: 26 %) sowie zwischen 40 und 49 Jahren (Ablehnung 33 %) stimmen dem zu. Deren Zustimmung liegt somit höher als deren Ablehnung. Anders bei den 50- bis 59-Jährigen: In dieser Altersgruppe liegt die Zustimmung bei 36 Prozent und die Ablehnung bei 41 Prozent. Die ältesten Befragten ab 60 Jahren stimmen zu 25 Prozent zu, 47 Prozent von ihnen lehnen die Aussage aber ab.

Ich glaube, dass die geplanten Vorhaben zu einer unfairen finanziellen Belastung der jüngeren Generationen führen.



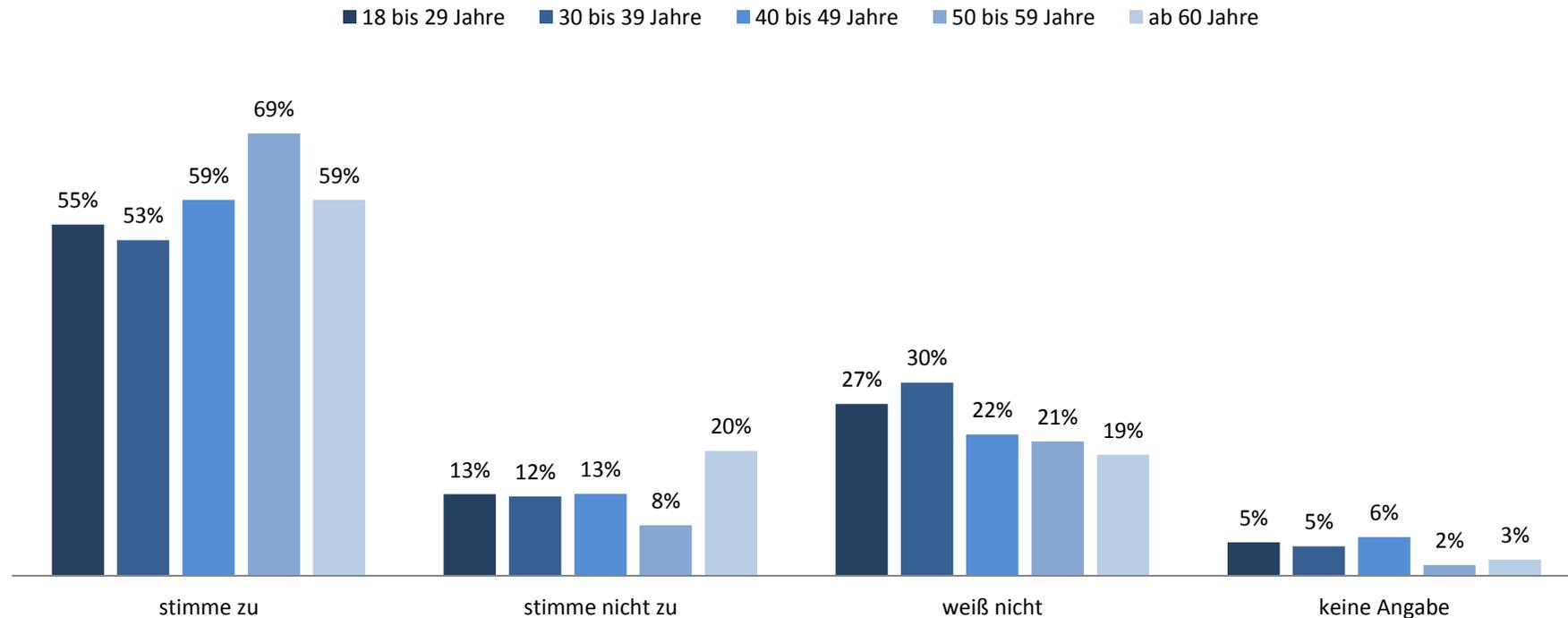
Vor allem Wähler der AfD (52 %) sowie der FDP (46 %) stimmen der Aussage zu, dass die geplanten Vorhaben zu einer unfairen finanziellen Belastung der jüngeren Generationen führen. Auch mehr als ein Drittel der Wähler der Union (35 %) und 30 Prozent der SPD-Wähler (30 %) stimmen der Aussage zu. Bei den Grünen-Wählern liegt der Anteil bei über einem Drittel (36 %), bei den Linken-Wählern bei über einem Viertel (28 %).

Ich bin der Meinung, dass die geplanten Vorhaben nicht dazu ausreichen, den möglichen Folgen des demografischen Wandels (steigende Anzahl Rentner; sinkende Anzahl Beitragszahler) entgegenzuwirken.



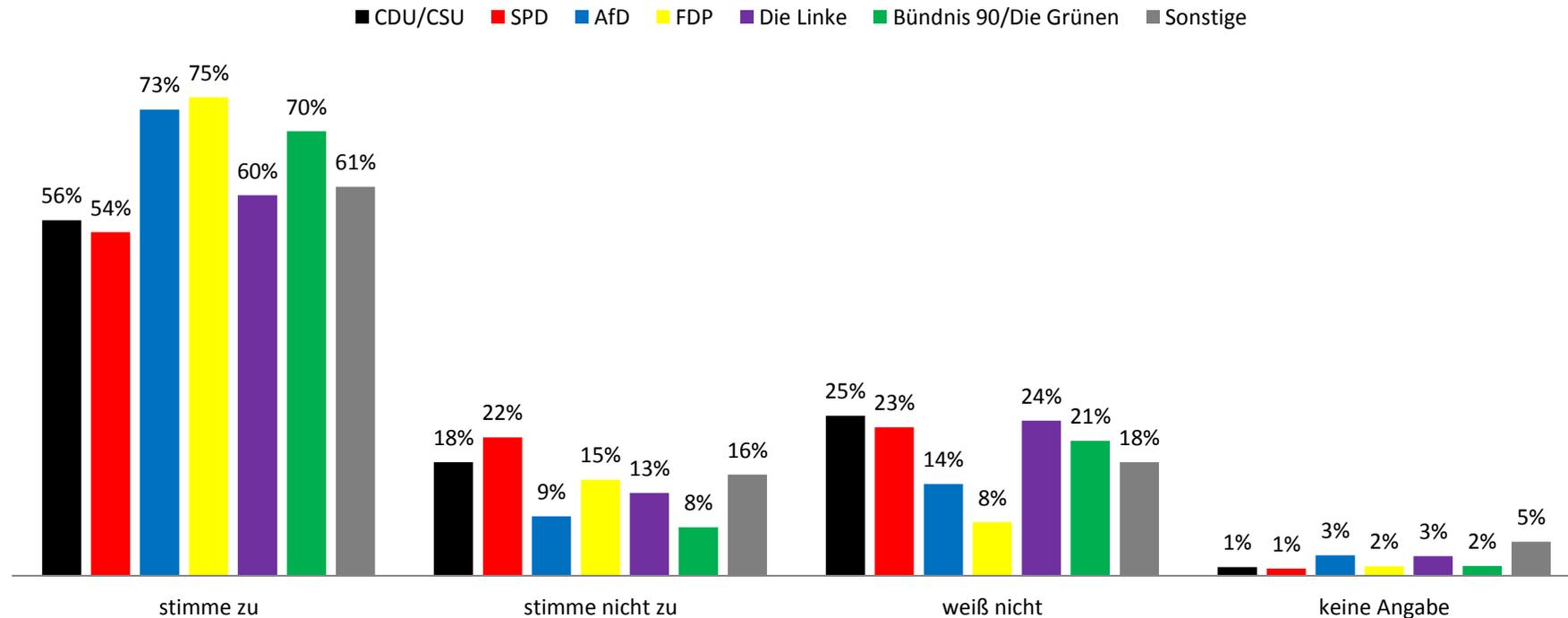
Die Mehrheit der Befragten (59 %) ist der Meinung, dass die geplanten Vorhaben nicht ausreichen, den möglichen Folgen des demografischen Wandels entgegenzuwirken. Zwischen den Geschlechtern zeigen sich hier nur marginale Unterschiede (Männer: 61 %, Frauen: 57 %). 14 Prozent der Befragten sind gegenteiliger Meinung. 23 Prozent wissen es nicht einzuschätzen.

Ich bin der Meinung, dass die geplanten Vorhaben nicht dazu ausreichen, den möglichen Folgen des demografischen Wandels (steigende Anzahl Rentner; sinkende Anzahl Beitragszahler) entgegenzuwirken.



Die Befragten aller Altersgruppen stimmen mehrheitlich zu, dass die geplanten Vorhaben den möglichen Folgen des demografischen Wandels nicht entgegenwirken können. Die größte Zustimmung kommt dabei von den 50- bis 59-Jährigen (69%).

Ich bin der Meinung, dass die geplanten Vorhaben nicht dazu ausreichen, den möglichen Folgen des demografischen Wandels (steigende Anzahl Rentner; sinkende Anzahl Beitragszahler) entgegenzuwirken.



Auch die Anhänger der jeweiligen Parteien stimmen der Aussage mehrheitlich zu. Die größte Zustimmung kommt von den Wählern der FDP (75%), gefolgt von den Wählern der AfD (73%) und den Wählern der Grünen (70%). Linke-Wähler sind zu 60 Prozent dieser Meinung, Unions- und SPD-Wähler zu 56 bzw. 54 Prozent.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

INSA-CONSULERE GmbH

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.